

MUSTERREDE

Die Union hält Wort. Monatelang hat die SPD unterstellt: Es kommt nicht zu Neuwahlen. Aber Bundeskanzler Helmut Kohl hält, was er verspricht: Am 6. März wird gewählt.

Mit Helmut Kohl und der Union meistern wir die Zukunft

Am 6. März 1983 müssen die Wähler die politische Grundsatzentscheidung fällen, wem sie die Geschicke unseres Landes anvertrauen wollen:

- Einer Regierung der Mitte unter Führung der Union mit Bundeskanzler Helmut Kohl oder
- einer SPD-Regierung, unter der sich Arbeitslosigkeit, Schulden, Firmenpleiten nur noch verschlimmern würden.

Der überwältigenden Mehrzahl der Bürger unseres Landes war klar, daß es unter der Verantwortung der SPD mit unserem Land weiter bergab gegangen wäre. Die Regierung Helmut Kohl hat die Talfahrt gestoppt und die Voraussetzungen für eine Aufwärtsentwicklung geschaffen. In der Außenpolitik hat sie das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit der Bundesrepublik Deutschland wiederhergestellt.

Die Union wird die drei wichtigsten politischen Herausforderungen der achtziger Jahre meistern:

- Arbeit schaffen und soziale Gerechtigkeit wiederherstellen,
- den Frieden in Freiheit sichern und
- eine Gemeinschaft mit menschlichem Gesicht verwirklichen.

Als die SPD 1969 die Regierungsverantwortung übernahm, waren die Arbeitsplätze sicher, die Wirtschaft blühte, das soziale Netz war sicher und es gab keine Neuverschuldung.

**Die Erblast
von 13 Jahren
SPD-
Regierung**

Dieses Kapital hat die SPD verwirtschaftet. Sie hat unsere Wirtschaft überfordert, sie hat die finanziellen Grundlagen unserer sozialen Sicherheit gefährdet und sie hat die kommenden Generationen ausgebeutet. Die SPD hat die Krankheit verursacht und macht jetzt den Arzt für die Medizin verantwortlich. Sie inszeniert ein Täuschungsmanöver, das die Rentenlüge von 1976 und die Schuldenlüge von 1980 noch weit in den Schatten stellt: Erneut verschweigt die SPD die Wahrheit, diesmal ihre Schuld an der Wirtschaftskrise. Über zwei Millionen Arbeitslose, über 200 000 arbeitslose Jugendliche, über 100 000 Firmenzusammenbrüche in den letzten zehn Jahren, über 300 Milliarden Bundesschulden, die jedes neugeborene Kind mit rund 50 000 Mark belasten, klagen die SPD an.

Hier hat sich leider die alte Volkswisheit bestätigt: Die Sozialisten verstehen nichts von Wirtschaft und sie können nicht mit Geld umgehen.

Wenn die Regierung der Mitte nicht sofort gehandelt hätte, wäre die Rentenversicherung zusammengebrochen, hätte sich die Talfahrt der Wirtschaft fortgesetzt, wäre die Bundesanstalt für Arbeit 1983 mit 13,4 Milliarden Mark ins Defizit geraten: Noch nicht einmal das Arbeitslosengeld wäre bei der SPD gesichert gewesen. Was die SPD hier angerichtet hat, das ist ein sozialer Skandal.

Natürlich können wir keine Wunderdinge vollbringen. Wir versprechen das auch gar nicht erst. Die CDU kann nicht in 13 Wochen aufräumen, was die SPD in 13 Jahren durcheinandergebracht hat. Aber die Union hat mit der Regierung Helmut Kohl einen neuen politischen Anfang gemacht. Wir werden unser Land aus der Krise führen. Dabei will ich eines gleich vorweg sagen:

Es muß Schluß sein mit Parolen, die einen Teil des Volkes gegen den anderen aufhetzen. Niemand kann die Probleme allein lösen: weder die Unternehmer noch die Gewerkschaften, weder Arbeitnehmer noch Selbständige, weder die Jungen noch die Alten. Keiner wird ohne den anderen — oder gar gegen ihn — erfolgreich sein. Nur miteinander schaffen wir es.

**Der neue
Anfang der
Regierung
Helmut Kohl**

Wir schaffen Arbeit

Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die Union eine Ordnung geschaffen, die die Menschen unseres Landes aus tie-

fem Elend wieder zu Wohlstand gebracht und ihnen gleichzeitig soziale Sicherheit gegeben hat. Wir werden jetzt unter veränderten Bedingungen — wie zum Beispiel geringere Wachstumsraten, geburtenstarke Jahrgänge, Beschleunigung des technischen Fortschritts — die Soziale Marktwirtschaft erneuern und so die Zukunft unseres Landes wieder auf stabile Grundlagen stellen.

Die Arbeitslosigkeit, die uns die SPD hinterlassen hat, kann nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzen wir auf wirtschaftlichen Aufschwung. Die Wirtschaft wächst, wenn die Menschen wieder mehr leisten, weil sie wissen, daß Leistung sich lohnt; die Wirtschaft wächst, wenn die Menschen Vertrauen in die Zukunft haben und wenn der Staat sie nicht um die Früchte ihrer Arbeit bringt. Wirtschaftswachstum und Investitionen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Wer — wie die Rot-Grünen — Wirtschaftswachstum nicht will, gefährdet Arbeitsplätze und den sozialen Frieden.

Die politische Bilanz der Regierung Helmut Kohl kann sich sehen lassen. Ich will das an vier Beispielen deutlich machen:

— Wir haben durch eine solide Haushaltspolitik in wenigen Wochen das von der SPD übernommene gewaltige Defizit von 55 Milliarden Mark um 13,5 Milliarden Mark, also um rund ein Viertel, gesenkt. Deshalb konnte die Bundesbank bereits die Leitzinsen um 2 Prozent senken. 2 Prozent Zinssenkung aber machen 16 Milliarden Mark frei für Investitionen. Wenn das Geld billiger wird, können wir alle uns wieder eher Anschaffungen leisten, und für die Wirtschaft werden Investitionen wieder rentabel. Das ist ein erster wichtiger Erfolg der Regierung Helmut Kohl.

Wir vermehren das Geld nicht beim Staat, sondern in der Hand des Bürgers und der Wirtschaft, die mit Geld sinnvoller umgehen können als jede Bürokratie. Die sogenannten Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme der SPD hingen — von 1971 bis 1982 waren es 17 Programme in einer Größenordnung von insgesamt rund 80 Milliarden Mark — haben nur die Staatsverschuldung und damit die Zinsen erhöht, die Zahl der Arbeitslosen hat sich trotzdem nicht verringert.

— Wir haben dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben, denn die Bauwirtschaft ist ein Schlüsselbereich, sie ist Motor der Konjunktur. Das Sofortprogramm der Regierung Helmut

*Wirtschafts-
aufschwung
gegen Arbeits-
losigkeit*

*Positive Zwi-
schenbilanz*

*Haushalts-
defizit gesenkt*

*Wohnungsbau
schaft
Arbeitsplätze*

Kohl schafft in den nächsten beiden Jahren zwischen 70 000 und 100 000 neue Wohnungen. In Ballungsgebieten wird der soziale Mietwohnungsbau mit einer Milliarde Mark angekurbelt. Durch steuerliche Abzugsmöglichkeiten der Schuldzinsen und eine Verbilligung der Zwischenfinanzierung von Bau-sparverträgen wird der Bau privat genutzter Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen gefördert. Die Mittel für die Stadtsanierung haben wir von 60 Millionen auf 280 Millionen Mark erhöht.

Das ist Arbeitnehmerpolitik, wie wir sie verstehen: Wir kurbeln die Bauindustrie wieder an, retten Firmen vor dem Zusammenbruch, und sichern Arbeitsplätze in der Bau-, Möbel-, Textil- und Haushaltsindustrie und beim Handwerk.

Erste Erfolge dieses Sofortprogramms sind schon erkennbar: Die Zahl der Bauanträge hat sich verdoppelt. Die Auftragseingänge bei der Bauwirtschaft nehmen zu. Unter der Verantwortung der SPD dagegen ist die Zahl der gebauten Wohnungen von 714 222 im Jahre 1973 auf 320 000 im Jahre 1982 zurückgegangen. Diesen Trend haben wir gestoppt.

— Die Deutsche Bundespost wird im Jahr 1983 allein 14 Milliarden Mark in neue technische Einrichtungen, einschließlich der Verkabelung, investieren. Dies sichert und schafft Arbeitsplätze im Tiefbau, im Elektrohandwerk und in der Zulieferindustrie; denn wir können davon ausgehen, daß für jede investierte Milliarde rund 20 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Und was hat die SPD getan? In ihrer Technologiefeindlichkeit hat sie Investitionen im Energiebereich und auf dem Gebiet der neuen Medien blockiert. Die SPD hat durch ihren Verkabelungsstopp im Jahre 1979 Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet.

— Die Regierung Helmut Kohl hat Maßnahmen beschlossen, die zur Neugründung gewerblicher Existenzen ermutigen und die Möglichkeiten der Wirtschaft zur Eigenkapitalbildung verbessern. Die steuerliche Belastung der gewerblichen Unternehmen wird spürbar verringert. Diese Maßnahmen stoppen die Pleitewelle und die damit verbundene Vernichtung von Arbeitsplätzen und sie regen gleichzeitig die Schaffung neuer Arbeitsplätze an.

Die SPD hat das Gegenteil getan: Sie hat die Wirtschaft immer mehr belastet, am Ende überfordert und dadurch jede Investitionsbereitschaft abgewürgt.

Wir werden mit der Förderung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand, die von der SPD jahrelang verhindert

**Neue
technische
Einrichtungen
schaffen
Arbeitsplätze**

**Bessere Mög-
lichkeiten zur
Eigenkapital-
bildung**

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

wurde, ernst machen; wir werden einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Dadurch wird die dringend notwendige Eigenkapitalbildung der Betriebe verbessert, und gleichzeitig werden die Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Ertrag der Unternehmen beteiligt. Die Förderung der Vermögensbildung ist daher für uns eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit.

Umweltschutz

Wir sind uns bewußt, daß Wachstum nicht alle Probleme löst — und daß die Wirtschaft Rücksicht nehmen muß auf Mensch und Natur. Wir werden deshalb dafür sorgen, daß die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben und daß unersetzbare Rohstoffe nicht vergeudet werden. Wir werden die Umweltschutznormen verschärfen, Investitionen für den Umweltschutz fördern und den technischen Fortschritt in den Dienst des Umweltschutzes stellen.

Flexiblerer Arbeitsmarkt

Wir werden mehr Arbeitsplätze schaffen und wir wollen den Arbeitsmarkt offener und vielfältiger gestalten.

Was bedeutet das? Zwei Beispiele dazu:

- Wir wollen, daß Frauen und Männer Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dazu werden wir mehr Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung ermöglichen. Wir rufen die Tarifpartner auf, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen.
- Wir wollen eine flexiblere Lebensarbeitszeit. Derjenige, der freiwillig früher aus dem Erwerbsleben auscheiden will, soll dazu die Möglichkeiten erhalten, ohne daß dadurch die Rentenversicherung zusätzlich belastet wird. Wer länger arbeiten will, muß auch dazu die Möglichkeit haben.

Und außerdem gilt:

Sozialer Dienst

Es gibt Arbeit nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Familie und im sozialen Dienst für andere, in der Selbsthilfe und in der Nächstenhilfe. Unsere Wirtschaft kann nicht immer für alle einen Arbeitsplatz bereithalten, aber unsere Gesellschaft muß jedem eine sinnvolle Tätigkeit ermöglichen.

Wir stellen die soziale Gerechtigkeit wieder her

Die größte von der SPD verursachte soziale Ungerechtigkeit ist die Arbeitslosigkeit. Deshalb muß sich unser aller Bemühen darauf konzentrieren, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sowohl die schon erwähnten öffentlichen Investitionen wie

auch die steuerlichen Anreize und Hilfen für die Wirtschaft zur Belebung der Investitionstätigkeit kosten Geld. Die SPD hat in wirtschaftlich guten Zeiten die vollen Kassen geplündert und keine Vorsorge für die Zukunft getroffen. Gegen den alten guten Grundsatz „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ hat sie wieder und wieder verstößen. Und nun haben wir den hohen Schuldenberg. In schwierigen Zeiten fehlt uns jetzt **das** Geld, das die SPD in besseren Zeiten leichtfertig und großzügig ausgegeben hat. Die Zeche müssen wir jetzt **alle** zahlen.

Sparmaßnahmen waren daher erforderlich, um Arbeitsplätze zu sichern und die finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes zu festigen. Jeder Familienvater weiß, daß man nicht dauernd auf Pump leben kann. Die SPD macht es sich einfach: Sie verspricht den Bürgern bessere Zeiten und verschweigt die notwendigen Opfer; damit täuscht sie die Wähler und verschlimmert die Krise. Dabei hat Helmut Schmidt vor der SPD-Fraktion am 30. Juni 1982 das Problem richtig angesprochen: „Wer mehr für die beschäftigungswirksamen Aufgaben des Staates tun will, muß noch tiefer als hier vorgeschlagen in die Sozialleistungen reinschneiden.“ Die SPD hat aber bis heute nicht den Mut, diese Erkenntnis dem Wähler mitzuteilen, geschweige denn die Kraft, sich zu entsprechenden Entscheidungen durchzuringen.

Ausgewogene Belastungen für alle

Die CDU hat dafür gesorgt, daß die notwendigen Belastungen gerecht und ausgewogen verteilt werden und alle Schichten der Bevölkerung ihren solidarischen Beitrag zu diesem Gemeinschaftswerk leisten. Wer ein höheres Einkommen hat, soll auch mehr zur Sicherung unserer sozialen Leistungsfähigkeit beitragen.

— Deswegen haben wir dafür gesorgt, daß die Höherverdienenden (Ledige mit mehr als 50 000 DM, Verheiratete mit mehr als 100 000 DM steuerpflichtigem Einkommen) mit einer Investitionsanleihe in Höhe von 5 Prozent ihrer Steuerschuld zur Belebung der Wirtschaft beitragen.

— Deshalb haben wir die von der SPD praktizierte pauschale Kürzung des Kindergeldes durch die Einführung von Einkommensgrenzen sozial gerechter gemacht. Nur wer viel verdient, muß sich mit einem geringeren Kindergeld abfinden; dadurch konnten wir für rund drei Viertel aller Familien eine Kürzung des Kindergeldes verhindern.

— Jeder Rentner kann sich darauf verlassen, daß seine Rente nicht gekürzt wird. Im Gegenteil: Ab 1. Juli 1983 erhält er

Investitionsanleihe

Einkommensgrenzen beim Kindergeld

**Renten-
erhöhung**

5,6 Prozent mehr Rente. Zwar mußte die fällige Rentenanspassung um ein halbes Jahr hinausgeschoben werden, dies ist aber immer noch besser, als wenn eines Tages eine bankrote SPD-Regierung die Renten nicht mehr bezahlen könnten.

**Ausbildungs-
förderung**

— Wir haben die Ausbildungsförderung auf eine solide Basis gestellt und gerechter gestaltet.

Schüler, die aufgrund ihrer Ausbildung nicht zu Hause wohnen können, werden weiterhin voll gefördert. Das gilt auch für die Schüler des zweiten Bildungsweges. Mit den Ländern werden wir über die Einführung einer Ausbildungsförderung für Schüler von Eltern mit geringem Einkommen verhandeln. Wir werden die Ausbildungsförderung im Rahmen des Familienlastenausgleichs weiter verbessern.

Jeder Student, der bisher gefördert wurde, erhält diese Förderung — in gleicher Höhe — künftig als zinsloses Darlehen. Sechs Jahre nach erfolgreicher Beendigung des Studiums wird dieses Darlehen dann — einkommensabhängig — innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt. Auch hier verwirklichen wir soziale Gerechtigkeit: Wenn jemand arbeitslos ist oder wenig verdient, zahlt er nicht zurück. Teile des Darlehens werden unter bestimmten Bedingungen erlassen, so daß ein Student unter Umständen nur noch 31 Prozent des erhaltenen Betrages zurückzahlt; dabei ist der Zinsverlust für den Staat noch nicht eingerechnet.

Was also ist eigentlich daran unzumutbar, daß Studenten, die BAFÖG erhalten, diese staatlichen Leistungen nach Abschuß ihres Studiums teilweise zurückzahlen, wenn sie als fertige Akademiker ein überdurchschnittliches Einkommen erzielen? Eine Akademikerausbildung zum Nulltarif kann auch gegenüber den Arbeitnehmern nicht vertreten werden, die diese Ausbildung über ihre Steuern finanzieren.

Und noch etwas gehört hierher:

In den letzten Wochen sind viele Mieter unseres Landes durch die Verbreitung von Unwahrheiten verunsichert worden. Durch eine falsche Darstellung des neuen Mietrechts hat die SPD viele Bürger unnötig in Angst und Sorge versetzt. Wir halten es auch sozialpolitisch für unverantwortlich, wenn aus wahlpolitischen Gründen versucht wird, Mietgesetze in Verruf zu bringen, die gerade auch für Mieter bessere Voraussetzungen schaffen sollen.

**SPD-Propa-
ganda gegen
Mietrechts-
änderung**

Denn in Wahrheit sieht das neue Mietrecht so aus:

**Regierung
Helmut Kohl:
Verbesserung
des Mieter-
schutzes**

— Der soziale Schutz der Mieter bleibt bestehen. Auch künftig darf keinem Mieter gekündigt werden, um Mieterhöhungen durchzusetzen. Die ortsübliche Vergleichsmiete bleibt Regelmiete. Der Kündigungsschutz wird nicht angetastet.

— Das neue Gesetz erweitert die Schutzworschriften für die Mieter. Überzogene Modernisierungen werden verboten. Die Mietkautionen werden begrenzt, sie müssen sicher angelegt und zugunsten des Mieters verzinst werden. Niedrige Mieten dürfen in Zukunft nur noch schrittweise der ortsüblichen Vergleichsmiete angeglichen werden. Auch hier sind die Grenzen zugunsten des Mieters gesetzt worden. Die jetzt ins Gesetz aufgenommene Mieterhöhungsobergrenze von 30 Prozent für einen Zeitraum von drei Jahren schützt den Mieter.

**Vergleichs-
mieten**

Bisher konnten die Mieten viel stärker erhöht werden. Ein praktisches Beispiel belegt das: Ein Mieter zahlt 250 Mark Miete. Die ortsübliche Vergleichsmiete beträgt 500 Mark. Die **frühere** Regelung ließ es zu, daß die Miete in einem Jahr um 250 Mark auf das Vergleichsmietenniveau von 500 Mark angehoben wurde. Die **neue** Regelung erlaubt das nicht mehr. Jetzt kann die Miete lediglich um 75 Mark (30 Prozent von 250 Mark) innerhalb von drei Jahren heraufgesetzt werden.

Staffelmieten

— Die Vereinbarung von Staffelmieten wird ermöglicht. Demnach erhalten Mieter und Vermieter die Möglichkeit, von vornherein zu **vereinbaren**, daß eine zunächst niedrigere Anfangsmiete innerhalb eines bestimmten Zeitraums um festgelegte Beträge steigt. **Aber:** Kein Mieter kann gezwungen werden, einen Staffelmietvertrag abzuschließen. Auch kann nicht in bestehende Verträge eingegriffen werden.

Wohngeld

— Die soziale Absicherung der Mieter durch das Wohngeld bleibt erhalten. Die Regierung Helmut Kohl hat dafür 80 Millionen Mark mehr bereitgestellt als die alte SPD-Regierung.

**Das Erbe der
SPD: ein so-
zialer Skandal**

**Die Bilanz der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach 13 Jahren
SPD-Regierung ist ein sozialer Skandal:**

— Von 1970 bis 1982 ist die Abgabenquote am Bruttosozialprodukt von 34,7 auf 38,2 Prozent gestiegen, und von zehn Mark Lohn- oder Gehaltserhöhung bleiben dem Arbeitnehmer durchschnittlich noch ganze 4,90 Mark.

- Von 1970 bis 1982 ist der Anteil der Sozialabgaben am Bruttosozialprodukt von 16 auf 23 Prozent gestiegen und der Anteil der Investitionen von 26,4 auf 21,5 Prozent gesunken.
- Von 1970 bis 1982 ist die Nettoneuverschuldung des Bundes von 1,3 auf 13,5 Prozent angewachsen.
- Von 1970 bis 1982 ist die Zahl der Arbeitslosen von 149 000 auf 1 800 000 gestiegen.

Dies ist die schlimme Bilanz der SPD-Politik. Die Ursache dafür ist die sozialistische Ideologie. Ein Mitarbeiter des früheren Finanzministers Lahnstein (Thilo Sarrazin) hat diese Politik in der SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ treffend so charakterisiert: Die SPD hat „umgeschichtet“

- von den Privaten zum Staat
- von den Investitionen zum Konsum
- innerhalb des Staatssektors von den Investitionen zu Zinszahlungen und Sozialeleistungen“.

**CDU: Soziale
Marktwirt-
schaft stärken**

Wir hingegen — und das ist Soziale Marktwirtschaft — wollen:

- mehr Investitionen und damit weniger Arbeitslosigkeit,
- weniger Steuern und Abgaben und dafür mehr Vertrauen in die Leistungskraft und Verantwortungsbereitschaft des einzelnen,
- weniger Schulden und weniger staatliche Zahlungen mit der Gießkanne und dafür mehr Hilfe für die wirklich Bedürftigen.

Das ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wie sie den Anforderungen unserer Zeit entspricht.

Wir sichern den Frieden in Freiheit

Bundeskanzler Helmut Kohl ist erst seit wenigen Monaten im Amt. Schon heute aber steht fest: Die außenpolitische Bilanz seiner Regierung ist positiv, das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist wieder hergestellt.

**Verankerung
im westlichen
Bündnis**

Der Bundeskanzler hat durch seine Verhandlungen unterstrichen, daß eine feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis das tragende Fundament unserer Außenpolitik ist.

Helmut Kohl hat durch seinen Besuch in Washington die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielicht

befreit, die Freundschaft bekräftigt und stabilisiert. Hier gilt das gleiche wie im Privatleben. Unter guten Freunden redet man miteinander und nicht übereinander. Dies gilt gerade dann, wenn es in einzelnen Fragen Auffassungsunterschiede gibt.

Wir stehen mit beiden Beinen im Westen, aber wir strecken dem Osten unsere Hand entgegen. Wir bejahren den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Staaten des Ostblocks, insbesondere mit der Sowjetunion und der DDR. Die Gespräche der Minister Schneider und Jenninger in der DDR und der Gromyko-Besuch in Bonn beweisen das.

Den Frieden in Freiheit zu erhalten, ist der übereinstimmende Wunsch aller Menschen. Die Regierung Helmut Kohl wird deshalb alles tun, damit die Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West möglichst bald zu einem erfolgreichen Abschluß kommen. Wir wollen ausgewogene und nachprüfbare Abrüstung auf möglichst niedrigem Niveau. In seiner Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 hat Bundeskanzler Helmut Kohl gesagt:

„Frieden Schaffen mit immer weniger Waffen: Das ist die Aufgabe unserer Zeit.“

Bei allen Abrüstungsschritten darf das jeweilige militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West jedoch nicht außer acht gelassen werden. Die Sowjetunion darf nicht durch eine militärische Unterlegenheit des Westens dazu verführt werden, Frieden und Freiheit Westeuropas zu bedrohen. Der Doppelbeschuß der NATO ist für uns ein Fahrplan zur Abrüstung. Der Erfolg der Regierung Helmut Kohl ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen in Genf. Solange die Sowjetunion darauf hoffen kann, daß eine SPD-Bundesregierung den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses nicht vollziehen würde, wird sie ihre überlegenen Mittelstreckenraketen, die uns unmittelbar bedrohen, nicht abbauen.

Die rot-grünen Anbiederungsversuche gefährden unsere Sicherheit. Denn die Kräfte, mit denen die SPD gemeinsame Sache machen will, fordern den sofortigen Ausstieg aus der NATO und die Abschaffung der Bundeswehr. Dabei steht fest: Ohne Partnerschaft im westlichen Bündnis und ohne unsere Bundeswehr stünden wir dem Machtstreben der Sowjetunion schutzlos gegenüber.

Ausgewogene, nachprüfbare Abrüstung

NATO-Dop- pelbeschuß

Wir wollen eine Gemeinschaft mit menschlichem Gesicht

Lassen Sie mich zum Schluß etwas zu den Ausblicken unserer Gesellschaftspolitik sagen. Wir stehen heute an einem Scheideweg. Wir müssen entscheiden, in welche Richtung wir gehen wollen:

- weiter in Richtung mehr Staat, zu immer größeren Mammuteinheiten in Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern
- oder in Richtung überschaubarer Einheiten, zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

SPD: gescheiterte Verheißen

Die Verheißen des Sozialismus sind entzaubert, seine Politik ist gescheitert. Die SPD hat in ideologischer Selbstüberschätzung an die Machbarkeit aller Dinge geglaubt. Sie war die Partei des allwissenden, dirigistischen Staates und hat damit die Entwicklung zum unpersönlichen Betreuungsstaat und zu einer kalten, durchbürokratisierten Gesellschaft gefördert.

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben einen hohen Lebensstandard. Aber es fehlt ihnen heute manches, was früher selbstverständlich war: Geborgenheit, Mitmenschlichkeit, überschaubare Lebensverhältnisse und eine weitgehend unzerstörte Natur. Sie leiden vielfach Mangel an Dingen, die man nicht kaufen kann, aber ohne die der Mensch nicht leben kann.

Fortschritt mit menschlichem Gesicht

Wir bejahren den Fortschritt, aber wir wollen den Fortschritt in den Dienst des Menschen stellen. Wir wissen: Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt menschlichere Alternativen in der Industriegesellschaft.

Wir werden die Vorteile der modernen Industriegesellschaft mit den unverzichtbaren Voraussetzungen für ein menschengerechtes Leben verbinden.

Wir wollen eine Gesellschaft der verantworteten Freiheit und der mitmenschlichen Solidarität. Die Politik soll dem Menschen dienen und ihn nicht verwalten. Die Entfaltung des Menschen als personales und soziales Wesen ist Ziel der Gesellschaftsordnung, für die wir eintreten.

Partnerschaft- liche Familie

Leitbild unserer Politik ist die partnerschaftliche Familie, in der die Menschen Geborgenheit, Toleranz und Mitmenschlichkeit erfahren können. Wir wollen den Familienlastenausgleich verbessern zugunsten der Familien mit Kindern.

**Rechtsstaat
und innerer
Frieden**

Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der den inneren Frieden sichert. Voraussetzung für die Bewahrung des inneren Friedens sind Rechtssicherheit und soziale Gerechtigkeit.

Der Schutz der Rechte des einzelnen sind nicht Selbstzweck, er ist Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und für das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft. Ohne Rechtssicherheit gibt es keinen inneren Frieden.

Ich fasse zusammen:

Am 6. März sind die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu einer Entscheidung von geschichtlicher Tragweite aufgerufen. Es geht um Richtung und Weg der deutschen Politik in einer schweren Zeit. Wir brauchen eine stabile parlamentarische Mehrheit.

Nur die Union ist in der Lage, uns aus der schweren, von der SPD verschuldeten Wirtschafts- und Finanzkrise herauszuführen und soziale Sicherheit zu garantieren. Die Regierung Helmut Kohl hat die ersten erfolgversprechenden Schritte aus der Krise getan. Unsere Politik führt zur Belebung der Wirtschaft.

Die SPD ist nach wie vor in wichtigen Schicksalsfragen unseres Landes zerstritten. Um wieder an die Macht zu kommen, bändelt sie mit den Grünen an. Damit lässt sie Arbeitnehmer und Arbeitslose im Stich. Die SPD hat ihre Chance gehabt, sie hat sie vertan.

Die CDU hat mit Bundeskanzler Helmut Kohl einen neuen Anfang gemacht. Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Zuversicht unserer Mitbürger wächst. Immer mehr setzt sich die Überzeugung durch: Helmut Kohl macht seine Sache gut. Die Menschen vertrauen uns, weil wir vor der Wahl die Wahrheit sagen.

Die Regierung Helmut Kohl muß bleiben. Zu ihr gibt es keine vernünftige Alternative.

Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie am 6. März beide Stimmen der CDU, damit es in unserem Land wieder aufwärts geht.